

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 2. Dezember 1890.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

C. H. Berlin, 1. Dezember 1890.

Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.

10. Sitzung vom 1. Dezember.

Präsident v. Köster eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Herrfurth und Kommissare.

Tagesordnung: Die erste Beratung des Entwurfs einer Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie wird fortgesetzt.

Abg. Dr. von Heydebrand (konf.): Meine Freunde und ich wünschen das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. Wir erkennen an, daß unsere Gesetzgebung über die ländlichen Gemeindeangelegenheiten der Verbesserung bedürftig ist.

Wir erkennen an, daß die Vorlage eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen geeignet ist, wir erkennen ferner an, daß es zweckmäßig und notwendig ist, an die Stelle der gegenwärtigen Gemeindeverwaltungen die Gemeindevertretung zu setzen.

Was das Gemeinde-Stimmrecht anbelangt, so sind wir prinzipiell einer Zulassung der Nichtangehörigen nicht entgegen. Mit der Bildung der Zweckverbände sind wir ebenfalls einverstanden und wünschen, daß die Bildung formell erleichtert wird.

Wir billigen die Umlegung des Gemeindesteuerechts an das Staatsstimmrecht, sind aber der Ansicht, daß nur die Selbstbestimmung der Gemeinde den berechtigten Eigentümlichkeiten Rechnung tragen kann. Wir stimmen also im wesentlichen dem von der Staatsregierung vorgeschlagenen Wege zu, nur müssen wir den Wunsch ausdrücken, daß derselbe im Sinne der autonomen Entwicklung der Gemeinde verfolgt wird.

(Beifall.) Die vorgeschlagenen Änderungen greifen so tief in die sozialen Verhältnisse der kleinen Gemeinden ein, daß nur derjenige sie genau zu übersehen vermag, der in diese Verhältnisse genau eingeweiht ist.

Der Nachteil, der daraus erwachsen würde, wenn das Gesetz einfach erhalten bliebe, würde nicht so groß sein, als wenn durch die Umgestaltung der Dinge Friebe und Eintracht auf dem Lande gestiftet würde. (Sehr wahr! rechts.)

Wir hoffen, daß die Regierung mit uns in den dargelegten Punkten einig ist und dadurch dazu beitragen wird, daß etwas Gutes zu Stande kommt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr.): Achtzig Jahre lang hat die preussische Staatsregierung die Entwicklung der ländlichen Verhältnisse einfach zugehört, obwohl ein gesetzliches Eingreifen immer dringender wurde.

Alle Anträge auf Reform der ländlichen Gemeindegesetzgebung wurden zurückgewiesen, der Reichstagler Hüft-Diener hat nicht einmal die wenigen Verbesserungen zugelassen, welche der Minister Graf Culeburg in den sieben Jahren durchzuführen wollte.

Auch der beiseitige Anfang einer Reform, der einen Fortschritt bringt und die kleinste Abhilfe bringt wird von uns willkommen geheissen, wenn wir sehen, daß sie zu dem von uns erwünschten Ziele führen.

Wir sind der Ansicht, daß seinen Tag länger mit der dringenden notwendigen Reform gewartet werden darf. Wir fürchten allerdings, daß der beiseitige Anfang, den der Minister des Innern mit der Reform machen will, noch verschlechtert werden wird, wir werden aber freudig mitarbeiten, um das Werk zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.

Der Vater kann als Gerechtigkeit verlangen, daß ihm endlich gegeben wird, was den Südländern schon seit Jahrzehnten gegeben ist. Wenn von einigen Mecklenburgern bemängelt worden ist, daß die Provinziallandtage über diese Vorlage nicht gebildet worden sind, so ist darauf zu erwidern, daß es sich hier nicht um provinzielle Angelegenheiten, sondern um ein allgemeines Staatsinteresse handelt.

Die Vorlage hat zunächst dem formellen Zweck, eine einheitliche Gesetzgebung herbeizuführen und ich muß sagen, ich bedauere, daß dieses Bedürfnis von denjenigen nicht schärfer hervorgehoben worden ist, die in der Praxis stehen. Was die materielle Seite der Vorlage anbelangt, so habe ich noch nie eine tendenziöse Begründung gefunden.

Wir sind nicht so töricht, die historischen Verhältnisse gar nicht zu berücksichtigen, wir sind keineswegs Anhänger der Schölene, wir erkennen vielmehr an, daß es Verhältnisse gibt, die man bestehen lassen muß. Aber es kommt darauf an, welche Ziele man dabei im Auge hat und da müssen wir sagen, von unserm Standpunkte aus ist der Anfang, den der Minister macht, sehr schwach, wir hätten gewünscht, er wäre weit schärfer vorzugehen. Die großen Gutsherrschaften haben kein Recht auf kommunale Selbstständigkeit, denn ihre Größe und Bedeutung wird ihnen erst durch den Staat garantiert.

In Bezug auf das Wahlrecht gehen wir viel weiter, als die Vorlage, welche den berechtigten Wünschen nicht Rechnung trägt. Ich kann nicht ergründen, weshalb der Grundbesitzer allein derjenige sein soll, der die Interessen der Gemeinde vertritt, und deshalb halte ich die Bestimmung, daß zwei Drittel der Gemeindevertretung Grundbesitzer sein sollen, für viel zu weitgehend, ebenso wie ich keinen Grund dafür einsehen kann, daß der höher besteuerte Grundbesitzer 2 und 3 Stimmen haben soll.

Die wichtigste Bestimmung ist aber die des § 59, wonach die Stimmabgabe bei der Wahl öffentlich sein soll. In den Motiven ist darüber gar nichts gesagt, es heißt nur, diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen dem geltenden Rechte. Ja, m. H., so Manches, was besteht, ist doch wert, daß es zu Grunde geht, und dies gilt namentlich von dieser Bestimmung.

Ich muß unter allen Umständen bitten, hier, wie bei der Wahl des Gemeindevorstandes, das geheime Stimmrecht zuzulassen. Unsere Partei hat die Frage der Landgemeindeordnung niemals als Parteifrage betrachtet; wir haben an der Kreisordnung mitgearbeitet, obwohl sie eine Stärkung der konservativen Macht herbeizuführen mußte. Dasselbe ist auch in erster Zeit bei der Landgemeindeordnung zu befechten. Auch die Städte haben die Selbstverwaltung erst durch längere Schulung erlernen müssen. Wir werden dies um so schneller erlernen, wenn die Bureaukratie ihre alten Gewohnheiten verläßt. Das Gesetz ist die Form, den Inhalt kann nur die Selbstständigkeit hineintragen. Wir werden mitwirken, daß dem Gesetze der Inhalt gegeben wird, welcher dem Vaterlande zum Segen gereichen kann. (Beifall links.)

Abg. v. Tiedemann-Labischin (fr.): Ich schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten v. Gneist im Wesentlichen an, der von dem ganz richtigen Gesichtspunkte aus, daß eine Regelung der Gemeindeverhältnisse zugleich eine Regelung der Gemeindefinanzen in sich schließen muß.

Um eine gerechte Verteilung dieser Lasten herbeizuführen, giebt es verschiedene Wege, von denen der von der Vorlage vorgeschlagene der gangbarste ist. Gegen die Samtgemeinden herrscht im Osten eine allgemeine Antipathie, es muß deshalb zu der Bildung von Zweckverbänden geschritten werden. Derartige Verbände sind nichts Neues. Diese Zweckverbände haben eine zweifache Aufgabe: eine zweckmäßige Verteilung der Wegekosten und der Armenlasten. Es ist dies ein Versuch, sollte derselbe nicht gelingen, so würde nichts weiter übrig bleiben, als auf geistlichem Wege diese Verwaltungszweige auf die Kreise zu übertragen. Im Großen und Ganzen empfehle ich die Vorlage der Zustimmung des Hauses.

Abg. v. Schallisch (fr.): Vor 15 Jahren wäre ich nicht zweifelhaft gewesen, ob ich dieser Vorlage zustimmen kann, heute kann ich mir nicht vorstellen, die unruhigen Elemente in der ländlichen Verhältnisse der Landgemeinden eintreten zu lassen. Ich unterschreibe im Wesentlichen alle die Ausführungen, welche der Abgeordnete von Heydebrand gemacht hat. Die zwei Drittel der Kreisangehörigen werden weit weniger zusammenhalten, als das eine Drittel der Nichtangehörigen. Der Bauer ist kein kampfsüchtiger Wesen, aber aus berechtigtem Bauernstolz werden viele der Verhandlungen der Gemeindevertretung fern bleiben, die ihnen Ekel verursachen werden. Die Gemeindevertretung ist überhaupt nicht geeignet, das Interesse an den Gemeindeangelegenheiten zu fördern. Ich sehe in der sogenannten Vorberatung der Gemeindeoberen eher eine Strafe auf den Gemeindevorstand. (Heiterkeit.) Die Bestimmung, daß die Verhandlungen der Gemeindevertretung öffentlich sein sollen, halte ich für sehr bedenklich.

(Abg. Richter: Herr! Herr!) Die öffentliche Stimmabgabe bei der Wahl der Gemeindevertretung kann ich nur billigen, begreife aber nicht, weshalb man bei der Wahl des Gemeindevorstandes die geheime Abstimmung einführen will. Viele Punkte, zu denen die Vorlage Zweckverbände schaffen will, sind bereits gegenwärtig sehr gut geregelt; ich erinnere nur an die Wegeverbände. Wenn dieselben noch nicht so in die Familien eingetreten sind, wie es wünschenswert wäre, so liegt dies an den Landräthen, und ein sanfter Druck von oben dürfte hier wohl Erfolg haben. Ich schliesse mit einem Appell an das Staatsministerium, indem ich die Hoffnung ausspreche, daß es auf dem Boden der Vorlage nicht stehen wird, sondern daß es auf unsern Verhandlungen bemerkt etwas Erprobtes wird herauskommen. Ich beantrage Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Minister des Innern Herrfurth: Die von den Rednern gegen die Vorlage vorgebrachten prinzipiellen Bedenken bewegen sich nach ganz verschiedenen Richtungen. Der einen Richtung geht die Vorlage zu weit, der anderen nicht weit genug, und es giebt dies der Staatsregierung den Beweis, daß sie die richtige Mitte mit ihren Vorarbeiten getroffen hat. Ueber einzelne Bestimmungen der Vorlage kam man zu freieren, so namentlich darüber, ob die Verhandlungen der Gemeindevertretung hauptsächlich oder gar nicht in Schanklokale abgehalten werden sollen. Die Grundzüge, von denen die Regierung bei diesen Vorarbeiten ausgegangen ist, beruhen darauf, daß man das Bierglas, welches ich weiter man nach Osten kommt, in ein Schnapsglas verwandelt, nicht für ein zweckmäßiges Mittel für die Gemeindeverhandlungen ansetzen kann. Die Zahl der Nichtangehörigen auf dem Lande stellt sich wie 1 zu 8, während die von beiden aufgetragenen Steuern sich wie 1 zu 17 verhalten. Daraus ergibt sich, daß die Zulassung von einem Drittel der Nichtangehörigen zu der Gemeindevertretung ein weitgehendes Zurückweichen der Regierung ist. Mit der Forderung des Abg. Richter auf Einführung des geheimen Wahlrechts für die Gemeindevertretung kann die Regierung sich nicht einverstanden erklären. Es ist überflüssig zu hoffen, daß in den meisten angeführten Punkten der Vorlage sich eine Einigung wird herbeizuführen lassen. Die Regierung hat ihre Reformvorschlüge gemacht auf Grund eingehender Information, sie hält an dem Prinzip fest, daß Reformvorschlüge ohne dringende Noth nicht gemacht werden sollen. Da der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, der richtige ist, das unterliegt der Beurteilung des Hauses; den Mitgliedern der Kommission möchte ich zurufen: si quid novisti, rexius sistis, candidus imperti, si non his utere merum.

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.): Ich wende mich gegen einige Ausführungen des Abg. Richter. Seine Partei perhorreszire die Verschmelzung von potenten Grundgemeinden mit potenten Landgemeinden, diese soll man möglichst selbstständig lassen. Wo solche Verschmelzungen vorgenommen werden sollen, muß den Selbstverwaltungskörpern mehr Einfluß eingeräumt werden. Die Gegnerschaft der Linken beruht hier auf einem in keiner Weise begründeten Mißtrauen. (Sehr richtig! rechts.) Die Gemeindevertretung sollte nur da eingeführt werden, wo sich eine Nothwendigkeit dafür herausstellt, das heißt in jenen Fällen, die die Unzureichendheit auf dem Lande nur vermehrt werden würde. Weiter heißt, daß eine Einigung in der Kommission herbeizuführen werden wird, ohne daß die großen politischen Gesichtspunkte, welche die Regierung dargelegt, darunter leiden. Die Mitglieder der Kommission wollen er nur an einen Ausspruch der Kaiserin Katharina erinnern, welche zu einigen Männern, die ihr bureaukratische Vorschläge machten, sagte: Meine Herren, wir schreiben nicht auf Papier, sondern auf die menschliche Haut und diese ist bekanntlich sehr empfindlich. (Beifall rechts.)

Abg. Hübner (nack.): Bei allen Einwendungen gegen die Vorlage ist der völlig zurückgefallen, daß ein Bedürfnis nicht vorliegt. Gerade in den Motiven der Vorlage ist das Bedürfnis dringend nachgewiesen. Kodifiziertes Recht ist unter allen Umständen fester und sicherer als Gewohnheitsrecht, zumal wenn dieses durchbrochen und unterbrochen ist von anderen Rechtsbestimmungen. Was an Rechten vorliegt, ist lidenhaft, das bestehende Verfassungsrecht ist unklar und verworren, das beweisen u. A. die Publikationen des Oberverwaltungsgerichts. Der Zweck dieser Vorlage ist nun, durch kodifiziertes Recht dem Schwächeren das nötige Maß von Schutz zu schaffen, welches er unter dem bisherigen Gewohnheitsrecht nicht gehabt hat. Die Auf-

nahme der Eingekessenen in die Gemeindevorteilung ist ein bedeutender Fortschritt, begründet durch die allgemeine politische Entwicklung unserer Zeitverhältnisse. Ist es nicht ein fördernder Widerspruch, wenn diese Personen berechtigt sind bei den Reichstagswahlen mitzuwirken, durch welche über die höchsten politischen Interessen des Staates entschieden wird, daß man ihnen die Mitwirkung an den Dingen, die ihnen zunächst liegen, verweigern will. Jetzt stehen die Leute sozialistischen Zukunftsmalereien hallos gegenüber, weil ihr Blick nicht gefächert ist für die tatsächlichen Verhältnisse des Lebens. Die Vorlage wird die Arbeitslast nicht vermehren, sondern erleichtern. Auf dem Gedanken der Zweckverbände wird es möglich sein weiter zu bauen, nur ist es notwendig, daß die Bedingungen genau festgelegt werden, unter denen eine Zusammenlegung erfolgen soll. Dem Kreisanschlusse allein können wir die Entscheidung nicht überlassen, da er nicht Unbefangenheit genug hat. Der Staat muß mitreden können und in der Lage sein, mit starker Hand einzugreifen. Wenn ich mir die lange Reihe der Rednerkräfte ansehe, so muß ich mir sagen: wenn es nur gelingt, die Vorlage vor ihren Feinden zu schützen, vor ihren Feinden wird sie sich selbst schützen. (Heiterkeit.)

Abg. Wessel (fr.): Ich erkläre einen ganz besondern Vortrag der Vorlage darin, daß durch die Verwirklichung der leistungsfähigsten Gemeindefürsorge erreicht wird. Daß die Entscheidung über die Zusammenlegung der Gemeinden dem Kreisanschlusse zustehen soll, könne er nicht für richtig halten, es könne dadurch leicht Mißbrauch herbeigeführt werden. Ob es nützlich sein werde, Zweckverbände zu schaffen, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab, das Verbalisieren von Schulverbänden allein reicht dazu nicht aus. Die Zweckverbände im Osten werden nicht einmal in die Lage kommen, das zu thun, was für die Armenpflege erforderlich ist, ebenso liegt es mit den Zweckverbänden für die Wegebaufahrt. Die Verträge können ja damit gemacht werden. Wollte man den Zweckverbänden die Verwendung der Ueberweisungen übertragen, so würde dies zu einer Verwirrung der Mittel führen. Daß von allen Seiten Konzeptionen gemacht werden müssen, um die Vorlage zu Stande zu bringen, sei klar und wünsche er, daß die Kommission in diesem Sinne ihre Verhandlungen führen möge.

Abg. Schröder (Pole): Ich erkläre, so weit es zu verstehen ist, im Prinzip mit der Bildung der Zweckverbände einverstanden, erkläre sich aber dagegen, daß diese Einrichtung zu einer obligatorischen gemacht werde. Im Uebrigen steht Reiner der Vorlage freundlich gegenüber, wünscht nur eine größere Selbstständigkeit der Gemeinden. Er beantragt, die Vorlage nicht an eine Kommission von 21, sondern von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. v. Meher (Krusenwald): Der Abg. Richter ist heute unglücklich geworden, denn er hat sich einen Rednertrunk genommen. (Heiterkeit.) Das ist von seinem Standpunkte unglücklich, als habe er ein Kompliment und ich erkläre, daß mir die Zustände von heute viel schlechter gefallen, als von vor 1848. (Heiterkeit.)

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Anträge der Abg. Comar und Strug betr. Wildschaden- und Jagdpolizei-gesetz.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Se. Majestät der Kaiser hat heute folgenden Armeebefehl erlassen:

Heute vor 250 Jahren bestieg Mein Ahnherr der große Kurfürst den Thron Meiner Väter.

Sein Regierungsantritt bedeutet für Mein Haus und Preußen den Aufschwung zu politischer Macht, zur Wohlfahrt und zu hohen geistigen Fortschritten; die Schaffung eines stehenden Heeres legte den Grund zu der militärischen Machtentfaltung des Staates.

Ich habe die Feldzeichen, welche aus jener glorreichen Zeit in der Armee vorhanden sind, hier am das Denkmal des großen Kurfürsten veranlaßt, damit sie die Erinnerung wachrufen an seine Thaten und an diegenigen seines Heeres. Diese Thaten konnten nur vollbracht werden durch den Geist der Treue, der Gottesfurcht, des Gehorsams und der Tapferkeit, welche der große Kurfürst in seinem Heere zu erwecken und zu erhalten wußte.

Dieser Geist ist durch mehr als zwei Jahrhunderte Eigentum des Heeres geblieben; auf ihm beruht die Größe und Stärke des Vaterlandes; ihn zu bewahren und zu pflegen ist auch heute noch die heiligste Pflicht der Armee und im Hinblick auf den großen Kurfürst von Brandenburg und sein ruhmreiches Heer soll und wird jeder Einzelne Meiner Armee dieser Pflicht eingeweiht bleiben.

Berlin, den 1. Dezember 1890.

gez. Wilhelm R.

— Heute Vormittag um 9 Uhr 25 Minuten kam Se. Majestät der Kaiser nach Berlin. Im hiesigen königlichen Schlosse nahm Se. Majestät einen kurzen Vortrag des Chefs des Militärkabinetts, Generaladjutanten v. Dabitz, entgegen. Nach der Frühstückstafel begabte der Kaiser noch eine Reihe von Vorträgen entgegenzunehmen. Später findet im Weißen Saale des königlichen Schlosses ein Gala-Dinner von ca. 160 Personen statt, bei welchem die Taefelmitte von dem Kapellen des Garde-Jäger-Regiments und des 1. Garde-Regiments zu Fuß ausgeführt wird. Unter den geladenen Gästen befinden sich außer den hier anwesenden königlichen Prinzen und Fürstlichkeiten die Minister, sowie die Präsidenten des Reichstages und beider Häuser des Reichstages, viele Generale und andere höhere Militärs.

— In dem ablaufenden Jahresheft ist eine

Beermehrung der kaiserlichen Berufsbeamten eingetreten, welche ein unerwartet großes Beamtenpersonal erforderte, die Berufsbeamten sind von noch nicht ganz 60 auf nahezu 90 angewachsen. Hierbei hat sich ein Mangel an geeignetem höherem Beamtenpersonal herausgestellt, eine Erscheinung, welche wiederholt in den Denkschriften des auswärtigen Amtes anerkannt worden ist. Um dem nun abzuwehren und die jüngeren Verwaltungsbeamten in genügender Anzahl für den Konsulatsdienst heranzubilden, sind neuerdings den bedeutenderen Berufsbeamten Atachés zugewiesen worden. Diese Methode hat sich bewährt, nicht nur für die wirksamere praktische Ausbildung der betreffenden Personen, sondern auch insofern, als sie zur Hilfestellung in den Geschäften und zur Vertretung bei abwesenden Konsuln verwendet werden konnten; deshalb sollen von jetzt ab Atachés in größerer Anzahl die gleichen Verwendung finden und darum ist die Ausgabe im auswärtigen Amte für Remunerationen und Diäten an nicht festangestellte Beamte bei den Generalkonsulaten, Konsulaten und Vizekonsulaten um 96,000 Mark auf 500,000 Mark für 1891—92 erhöht.

Uebrigens sind die Veränderungen in den Konsulatsämtern für das nächste Jahr gering. Neueingestellte in den Etat ist nur das Vizekonsulat in Nagasaki, welches aber schon seit vorigem Jahre als solches geführt wurde. Ferner soll das Konsulat in Messina nach Neapel verlegt werden und die Vize-Konsulate zu Rotterdam und dem Piräus (Athen) zu Konsulaten umgewandelt werden mit entsprechender Erhöhung ihrer Dotationen. Beim Vize-Konsulat im Piräus besteht die ganz eigenartige Erscheinung, daß der Leiter desselben den Charakter als Generalkonsul hat.

Posen, 1. Dezember. Nach amtlicher Mitteilung ist die Wahl- und Namensliste in den Grenzkreisen der Provinz Posen mitunter vollständig erledigt.

Kiel, 28. November. Die bereits mitgeteilte, haben die vereinigten Konfessionen, National-liberalen und Freisinnigen heute die Schwärze vom 4. November angewandt. Bei der heutigen Wahl fand eine Beteiligung statt wie noch nie zuvor. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 8730. Am 4. November stimmten 2587 Wähler = 34,4 Prozent, heute 4673 Wähler = 53,6 Prozent. Am 4. November vereinigten die Wählerparteien 1147, die Sozialdemokraten dagegen 1391 Stimmen auf ihre Kandidaten, heute stimmten 2580 Wähler der Wählerparteien, während es die Sozialdemokraten auf 2093 Stimmen brachten. Geh. Kommerzienrat Sartori und Gewerbeschuldirektor Ahrens waren wiedergewählt. Dieser Sieg ist dadurch erzielt, daß die Wählerparteien, durch den Sieg der Sozialdemokraten vom 4. November aufgeschreckt, die Gefahr für das bisherige Gemeinwesen erkannten und demzufolge zahlreich am Wahltag erschienen.

Kiel, 1. Dezember. Se. königliche Hoheit Prinz Heinrich lernte mit Familie heute Vormittag hierher zurück und übernahm Mittags wieder das Kommando der Division.

Bromberg, 1. Dezember. (W. T. B.) Zur Feier des 250-jährigen Regierungsantritts des großen Kurfürsten haben sämtliche fiskalische und kirchlichen Gebäude, sowie auch viele Privathäuser reichen Flaggenschmuck angelegt. Die Mannschaften der Garnison wurden beim Appell auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Nachmittags wird dieselben dienstfrei.

Breslau, 1. Dezember. (W. T. B.) Anlässlich der Feier des 250. Jahrestages der Thronbesteigung des großen Kurfürsten haben heute sämtliche öffentlichen Gebäude geflaggt.

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (W. T. B.) Aus dem Bauplatz der nächstjährigen internationalen elektrischen Ausstellung ereignete sich abermals ein Unfall. Durch den Einsturz eines Gerüstes wurde ein Arbeiter am Arm empfindlich, drei andere unbedeutend verletzt. Die entstandene Sachschädigung ist unerheblich.

Weimar, 1. Dezember. (W. T. B.) Der Großherzog ist heute Vormittag nach dem Haag zur Teilnahme an der Beisetzungsfeierlichkeiten abgereist, in Kassel wird sich ihm der Erbprinz herbeizuschließen.

Köln, 1. Dezember. (W. T. B.) Hier ist Thonwetter eingetreten. Der Rhein ist seit gestern um 0,65 Meter gefallen.

Vorbeck, 1. Dezember. (W. T. B.) Die Verkehrsleitung auf der Strecke Duisburg-Dorsten ist bei itzt; der Betrieb ist gestern Mittag wieder eröffnet worden.

Düsseldorf, 1. Dezember. (W. T. B.) Die Strecke Ansbach-Pfaffenhofen ist in Folge der durch das Hochwasser herbeigeführten Beschädigung der Eisenbahnbrücke über die Ruhr gesperrt.

Darmstadt, 1. Dezember. (W. T. B.) Das Ministerium hat den Ober-Medizinalrat Dr. Meißner zum Eintritte des kaiserlichen Heilwunders nach Berlin gesandt.

Treiden, 1. Dezember. Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen ist heute Vormittag nach Berlin zurückgekehrt.

Die Herzogin Max Emanuel in Bayern ist von Wien angekommen.

Straßburg i. E., 1. Dezember. (W. T. B.) Intrag Verfügung des Unterstaatssekretärs von Schranz und mit Genehmigung des Reichskanzlers wurde die Einfuhr von italienischem Rindfleisch in die Schlachthäuser der größeren Städte des Reichslandes gestattet.

Wetz, 1. Dezember. (W. T. B.) Im hiesigen Matildenspital sind die Zuspferische mit kaiserlicher Lymphe begonnen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. November. (W. T. B.) In dem Erenbeidungsprozesse des Reichsraths-angeordneten Unger gegen den Herausgeber der „Montagszeitung“, Schaff, wegen eines von letzterem verfaßten Artikels über die abulatorische und politische Thätigkeit Ungers wurde der Angeklagte von den Geschworenen für schuldig erkannt und zu 1000 Gulden Geldstrafe eventuell zu 6 Monaten Arrest verurteilt.

Wien, 1. Dezember. Die deutschen Delegierten und eingetroffen. Morgen findet im Ministerium des Innern die erste Konferenz wegen des Handelsvertrages statt.

Wien, 1. Dezember. (W. T. B.) Dem Vernehmen nach beschloß der oberste Sanitätsrat, eine ambulatorische Behandlung mit der kaiserlichen Lymphe nur dann zu gestatten, wenn die fortgesetzte Beobachtung der Kranken nach der Impfung durch einen Arzt sichergestellt sei.

Jede Impfung ist den Behörden anzuzeigen. Die offizielle Publikation der Beschüsse des obersten Sanitätsrates soll morgen in der „Wiener Zeitung“, die ausführliche Begründung am Donnerstag in dem Organ des Sanitätsrates, dem österreichischen Sanitätswesen erfolgen.

Triest, 1. Dezember. (W. T. B.) Der Kaiser ist heute Morgen in Miramar angekommen und begab sich mittelfst Wagen nach dem Schloß. Da die Nacht „Miramar“, mit der Kaiserin an Bord, in Folge einer heftigen Bora nicht vor dem Schloß Miramar, sondern in der Nacht von Miramar vor Anker gehen mußte, begab sich der Kaiser mittelfst Dampfbarke dorthin. Auf ihrer Fahrt durch die Stadt nach dem Schloß wurden die Majestäten von dem Publikum eifrig begrüßt.

Gries b. Vogen, 1. Dezember. (W. T. B.) In den Sanatorien aufria und Obelhof sind heute unter Leitung des Sanitätsrates Dr. Meißner die Impfungen mit der kaiserlichen Lymphe begonnen worden.

Leoben, 30. November. Die Zuteilung in Neudorf brannte gestern ab, Magazin samt Baarenlager. Der Schaden beträgt eine halbe Million.

Wien, 30. November. Die hiesige Bau-firma Gebrüder L. und B. v. Fisch liquidiert angeblich in Folge der jüngsten Waise. Ein Firma-Gesellschafter gedankt sich in Wien niederzulassen.

Wien, 1. Dezember. (W. T. B.) Von dem Abgeordnetenhaus wurde die Petition der Liquidatoren der ungarischen Waffenfabrik um Freigabe der Ration von 200,000 Gulden dem Finanzanschlusse überwiesen.

Frankreich.

Bei der Debatte über den Vorschlag für die Marine in der Kammer unterzog M. Ger-ville-Nade, der Referent der Budget-Kommission, die Flottenpläne Frankreichs, des Deutschen Reichs und Englands einem Vergleich, der vorausgesetzt, daß diese Mächte ihre Pläne ausführen — für das Jahr 1895 folgende Ziffern ergeben würde:

Panzerfahrzeuge unter 10,000 Tonnen — Frankreich 20, Deutschland 32, England 32.

Küstenfahrzeuge und gepanzerte Kanonenboote — Frankreich 22, Deutschland 29, England 15.

Gepanzerte Kreuzer über 4000 Tonnen — Frankreich 11, Deutschland 13, England 31.

Gepanzerte Kreuzer von 2000 bis 4000 Tonnen — Frankreich 5, Deutschland 17, England 51.

Wohlfahrt und kleine Kreuzer — Frankreich 13, Deutschland 18, England 36.

Torpedoböte — Frankreich 187, Deutschland 372, England 156.

Ältere Schiffe und Schiffe zu verschiedenen Zwecken — Frankreich 29, Deutschland 49, England 54.

Die Gesamtzahl an kriegstüchtigen Schiffen würde also im Ganzen ergeben: Frankreich 299, Deutschland 556, England 402.

Ans Paris vom 24. November wird der „Pol. Rev.“ geschrieben: Der Marineminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend den neuen Status der Marine-Offiziere vorgelegt. Nach demselben soll sich der Stand der Marine-Offiziere in folgender Weise zusammenfassen: Admirale in Friedenszeiten 2, in Kriegzeiten 3, Vize-Admirale 15, Kontre-Admirale 30, Vize-Kontre-Admirale 120, Fregatten-Kapitäne 210, solche mit festem Wohnort 7, Schiffs-Vize-Kontre-Admirale 360, zweiter Klasse 360, zusammen 720, Schiffs-Vize-Kontre-Admirale mit festem Wohnort 33, Schiffs-Kapitäne 400, Aspiranten erster Klasse 200. Die Zahl der Aspiranten zweiter Klasse wird je nach den Bedürfnissen des Dienstes eine veränderliche sein. Wenn in Folge zahlreicher Ernennungen in Kriegzeiten der Effektivestand der Kadres die obigen Ziffern übersteigen sollte, wird die Erhaltung derselben in der folgenden Weise durchgeführt werden: bei der Admiralcharge durch Aufhebung von Admiralsstellen; bei den Chargen der Vize-Admirale, Kontre-Admirale und Kapitäne wird nur eine Beförderung für zwei Vakanzen, bei den übrigen Chargen eine Beförderung für drei Vakanzen stattfinden. Die Altersgrenze für die Pensionierung wurde, wie folgt, bestimmt: bei Vize-Kontre-Admiralen 60 Jahre, bei Fregatten-Kapitänen 58 Jahre, bei Schiffs-Vize-Kontre-Admiralen 55 Jahre, bei Schiffs-Kapitänen 52 Jahre.

Paris, 1. Dezember. Sämtliche Prä-fekten der Grenz-Departements erhielten besondere Anweisungen beizüglicher Ueberwachung der Fremden aller Nationalitäten, die sich der Zuwanderung gegen das Spionengespinn ver-dächtig machen.

Paris, 1. Dezember. (W. T. B.) In einer geistlichen von einer großen Anzahl von Ärzten abgehaltenen Versammlung befaßte Professor Cornil auf Grund seiner Beobachtungen die von Koch beschriebenen Bakterienverhältnisse vollständig. Nächsten Sonntag wird Cornil in einer zweiten Konferenz über den weiteren Verlauf seiner Versuche berichten. Heute erfolgen in zwei hiesigen Hospitälern die ersten Impfungen bei an Lungentuberkulose Leidenden.

Zum Schluß der gestrigen Sitzung des National-Kongresses von Nantes hielt Bischof Freppel eine Predigt, in welcher er aufforderte, die Revolution und deren Prinzipien rautes zu bekämpfen und der Kirche dadurch zum Siege zu verhelfen.

Paris, 1. Dezember. (W. T. B.) Professor Bach setzt die Impfungen mit kaiserlicher Lymphe fort. Von den bereits behandelten Patienten weisen zwei an Unus Erkrankte eine sichtbare Besserung auf, so daß eine Heilung nicht unwahrscheinlich scheint.

Der Bankier Cernuschi hat an Passant einen Cheque auf 10,000 Franken für das Kom-munee zur Unterhaltung fremder, Studirender geschickt.

Schweiz.

Bern, 1. Dezember. (W. T. B.) Heute ist die Bundesversammlung zusammengetreten. Im Ständerath gedachte der Alterspräsident in seiner Eröffnungsrede mit warmen Worten der Einbindung Kochs. Zum Präsidenten wurde Johann im dritten Wahlgange Kellerberger von Aargau (freisinnig) gewählt; Vizepräsident wurde Göttschheim von Basel (radikal). — Im Nationalrathe finden die Wahlen morgen statt.

Niederlande.

Haag, 1. Dezember. (W. T. B.) Die Königin Wilhelmine und die Königin-Mutter

